



Politik

Völkermordprozess bei IGH zu Ukraine und Russland: Klage gegen Russland abgewiesen, Vorwürfe gegen Ukraine weiter geprüft

13. Dezember 2025

3,2 Minuten Lesezeit

von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Der Kampf zwischen Ukraine und Russland findet nicht nur auf dem Schlachtfeld und den Medien, sondern auch vor Gericht statt. Der Internationale Gerichtshof der UNO hat alle Klagen gegen Russland als unberechtigt abgewiesen, prüft aber weiter die Vorwürfe gegen die Ukraine wegen Völkermordes.

Vor dem Internationalen Gerichtshof könnte die Russische Föderation offenbar ihre Anliegen erfolgreich begründen und argumentieren. Auf X berichtet der weltweit renommierte Top Ökonom Univ. Prof Dr. Richard Werner über sein X/Twitter Konto (<https://x.com/scientificecon/status/1998818878311289005>): „Aktuelle Nachrichten vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zum Fall Russland. Da darüber in den Medien nicht berichtet wurde, hier der Bericht der russischen Botschaft:

„Der Internationale Gerichtshof hat beschlossen, die Gegenklage der Russischen Föderation gegen die Ukraine gemäß dem Übereinkommen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes zur Prüfung anzunehmen. Alle Einwände Kiews hinsichtlich der angeblichen Unzulässigkeit der russischen Ansprüche wurden zurückgewiesen, und der Gerichtshof hat die Ansprüche der Russischen Föderation zur Prüfung in vollem Umfang angenommen.

Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 5. Dezember war eine logische Konsequenz der erfolglosen Versuche der Ukraine, Russland wegen der Einleitung der Sondermilitäroperation zu verklagen. Dieses Gerichtsverfahren wurde im Februar 2022 vom Regime in Kiew und seinen westlichen Unterstützern eingeleitet. Damals reichte Kiew mit Unterstützung von 33 westlichen Ländern eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof ein, in der es Russland vorwarf, gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verstoßen zu haben.

Am 1. Februar 2024 erließ der Gerichtshof ein Urteil, in dem er alle Anschuldigungen der Ukraine gegen Russland zurückwies. Nur eine Frage bleibt für die gerichtliche Überprüfung offen: ob die Ukraine selbst Völkermord begangen hat.

Am 18. November 2024 legte die russische Seite dem Gerichtshof Beweismaterial in einem Umfang von mehr als 10.000 Seiten vor, das den Völkermord an der russischen und russischsprachigen Bevölkerung des Donbass durch das Kiewer Regime dokumentiert. Die Beweise umfassten Informationen zu mehr als 140 Fällen der gezielten Ausrottung der Zivilbevölkerung im Donbass, die durch die Aussagen von über 300 Zeugen und Opfern sowie durch die Ergebnisse von Expertenberichten und Untersuchungen bestätigt wurden.

Die ukrainische Regierung, angestiftet vom Westen, wandte bei der Umsetzung ihrer Völkermordagenda ein breites Arsenal an Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung an: Massenmord, Folter, Bombardierungen und wahllose Beschießungen. In der gesamten Ukraine wurde eine Politik der gewaltsamen Auslöschung der russischen ethnischen Identität verfolgt: Die russische Sprache und Kultur wurden verboten, und die russischsprachige orthodoxe Kirche wurde unterdrückt.

Die ukrainische Regierung, angestiftet vom Westen, setzte bei der Umsetzung ihrer genozidalen Pläne ein breites Arsenal an Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung ein: Massenmord, Folter, Bombardierungen und wahllose Beschießungen. Moskau machte Kiew für all diese Gräueltaten verantwortlich, indem es Gegenklagen einreichte, die sich nicht nur auf die Umsetzung staatlicher Völkermordpolitik durch die ukrainische Führung beziehen, sondern auch auf zahlreiche andere Verstöße gegen die Konvention: Beihilfe zum Völkermord, Anstiftung zum Völkermord und Unterlassung von Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord.

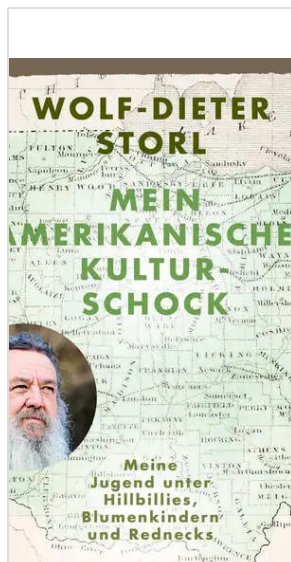
Die Hoffnungen des Westens, rechtliche „Waffen“ gegen Russland einzusetzen, sind zunichte gemacht worden. Russland ist der Achtung des Völkerrechts verpflichtet und glaubt, dass die Wahrung

der Unparteilichkeit internationaler Justizorgane eine Voraussetzung für die Umsetzung des Grundsatzes der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten ist. Moskau hofft, dass der Internationale Gerichtshof weiterhin Umsicht und Unparteilichkeit in seinen Urteilen walten lässt.“

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um **Unterstützung.**

Folge TKP auf **Telegram oder **GETTR** und abonniere unseren Newsletter.**

WERBUNG



„Koalition der Willigen“ arbeitet an Sabotage der Ukraine Friedensgespräche (<https://tkp.at/2025/12/09/koalition-der-willigen-arbeitet-an-sabotage-der-ukraine-friedensgespraeche/>)

IGH-Klimaurteil leugnet Rolle der Sonne und fördert Ersetzung der Demokratie durch Globale Governance (<https://tkp.at/2025/07/25/igh-klimaurteil-leugnet-rolle-der-sonne-und-foerdert-ersetzung-der-demokratie-durch-globale-governance/>)

IGH Urteil: Israel muss Besetzung der palästinensischen Gebiete

beenden und volle Entschädigung leisten (<https://tkp.at/2024/07/21/igh-urteil-israel-muss-besetzung-der-palaestinensischen-gebiete-beenden-und-volle-entschaedigung-leisten/>)